

2.2 Begrenzungsinitiative

Überlegungen zur Begrenzungsinitiative

Bei der Initiative geht es nicht um die Frage, wie gross die Einwanderung sein soll, sondern wie die Schweiz sie steuern soll. **Die SVP möchte die Personenfreizügigkeit mit der EU beenden und die Zuwanderung aus den europäischen Ländern stattdessen wieder staatlich lenken, mit Kontingenten oder anderen Formen von Höchstzahlen.**

Relevant für die Entscheidungsfindung ist die Frage, wie sich der Zustrom tatsächlich ausgewirkt hat und weiterhin auswirkt.

Was sind neben den gefühlten Veränderungen die realen Konsequenzen für Land und Leute?

Aufgrund dieser Frage ist die Zuwanderung aufgrund der Höhe der Zuwanderung im Beobachtungszeitraum mit rund 1 Million klar negativ zu werten. Die 10 Millionen-Schweiz liegt bereits in Griffnähe. Die Löhne sind weiter gestiegen - Verschwinden Handelsbarrieren an der Grenze, steigt in der Regel der Gesamtwohlstand. Er gilt in der Regel auch für den Arbeitsmarkt. Doch innenpolitisch ist für die Beurteilung des freien Personenverkehrs Schweiz - EU nicht die Gesamtwirkung entscheidend, sondern

«nur» die Wirkung auf die angestammte inländische Schweizer Bevölkerung.

Wo bleibt die Wirkung auf die inländische Bevölkerung, wenn man das seit Jahren stagnierende Pro-Kopf-Einkommen betrachtet??

Es ist Verführung und Irreleitung des Stimmbürgers, wenn in Abstimmungsunterlagen des Zürcher Nein-Komitees festgehalten wird, der positive Effekt der Bilateralen betrage für die Schweiz EUR 2'914 pro Jahr. **Dies wird in den Zahlen des Pro-Kopf-Einkommens, das einen Durchschnittswert darstellt, NICHT reflektiert!**

Im Prinzip ist es so, dass die Profiteure der Einwanderung in erster Linie die Einwanderer selbst und ihre Arbeitgeber sind,
während die angestammte Bevölkerung mehr verliert als gewinnt.

Losgelöst von diesem Zahlenspiel ist es wohl nicht zu bestreiten,

dass es bei internationalen Verträgen um das Völkerrecht geht, um das Vertragsrecht und dass, **bei Grundlagenirrtum**, die Verträge neu verhandelt werden **MÜSSEN**

1. **Fangen wir beim Völkerrecht an:**

Gemäss Völkerrecht gilt: «Alle Mitglieder der Staatengemeinschaft sind gleichberechtigt und selbstbestimmt» und weiter:

«Die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit eines Staates bleibt unantastbar»

Der bestehende und andiskutierter Vertrag ist weder auf Augenhöhe verhandelt und abgeschlossen, sondern **einseitig diktiert worden und verletzt ganz offensichtlich Völkerrecht.**

2. Bei der Vorlage für die Personenfreizügigkeit wurde seinerzeit bei der Abstimmung von **BEHAUPTETEN 8000 Zuwanderer gesprochen.**

Gekommen sind rund 10 x mehr Personen.

EINE TOTAL FALSCHER GRUNDANNAHME, bzw. ein Grundlageirrtum.

Der Vertrag ist neu zu verhandelt durch Aufhebung dieser PFZ-Klausel

2.2 Begrenzungsinitiative

3. Festgestellter, vorliegende zweiter Grundlagenirrtum:

Die EU hat heimlich, ohne Mitwirkung und Orientierung der eigenen Bevölkerung oder die offizielle Schweiz, den Afrikapakt sowie den UN-Migrationspakt unterzeichnet, was Millionen Zuwanderer zur Folge haben könnte mit möglichem Weiterzug aus der EU in die Schweiz?

Die EU selber wird weder infrastrukturell noch kostenmässig diese Zuwanderungsaufgabe bezahlen können. Dies, nachdem sie schon heute, bei der aktuellen Wetterlage, am Zusammenbrechen ist und eigentlich finanziell Zahlungsunfähigkeit anmelden müsste - wenn die EZB nicht selber neues Geld aus dem Nichts drucken würde.

Der verhältnismässig kleinen Schweiz, mit 9 Mio. Einwohner werden wieviel Personen als mögliche Zuwanderer gegenüberstehen (aufgrund der von der EU am eigenen (EU-) Volk vorbei, eingegangenen Zuwanderungs-Zusagen)?:

EU rund	500 Mio.
Afrika	1'300 Mio
UN-Migrationspakt	1'000 Mio.
Total	2'800 Mio.

Warum wird von den Nein-Befürwortern das KRASSE MISSVERHÄLTNIS NICHT anerkannt?

Die allfällige NEIN Stimmen-Mehrheit soll sich später aber dann auch nicht über die Folgen beschweren (und jemand anderen die Schuld zuweisen).

Diese Schweizer Bürger haben es dann in ihrer Mehrheit so gewollt. UNGLAUBLICH, MAN KANN NUR DEN KOPF SCHÜTTELN!

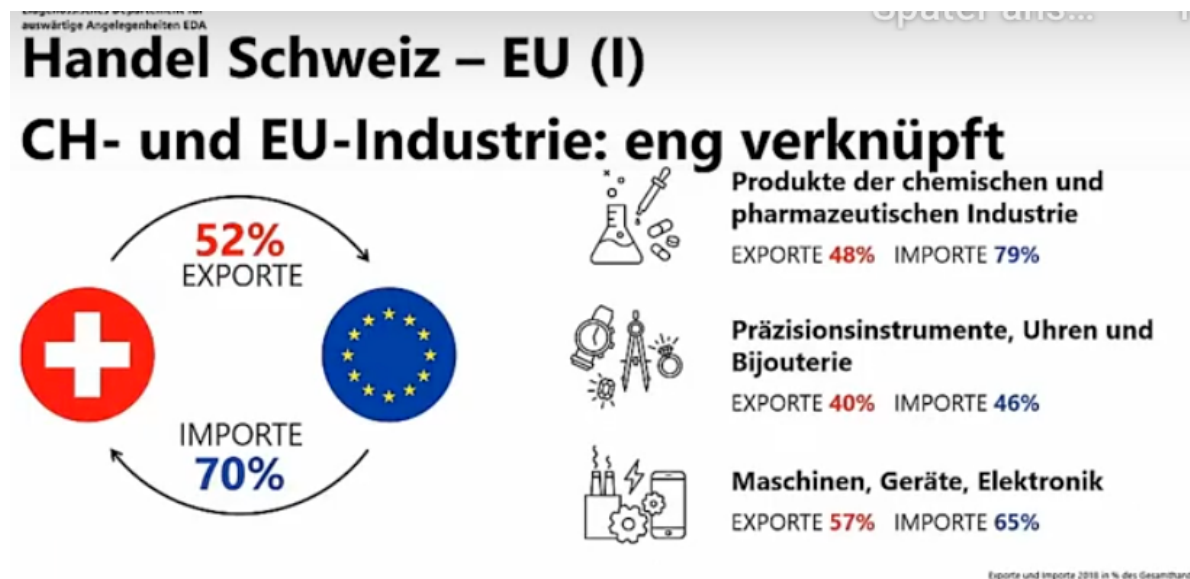
- Wir wurden schon im Jahr 2002 von unserer Regierung angelogen. Da hiess es bei der Abstimmung, man könne jederzeit «einzelne» Verträge kündigen oder erneuern. Was jetzt?
- Hoffentlich konsultieren unsere Diplomaten wieder einmal die realen Exportzahlen, die sich wie folgt stellen: **Export CH in die EU:**
von ursprünglich 64 % auf heute 2020 noch 50 % und nächstes Jahr nur noch auf 40 %:
2019 exportierten wir mit CHF 155 Mrd. 50 % unserer Exporte in die EU.

Der GB Anteil betrug 2019 CHF 28 Mrd. somit rund 20 % EU-Anteil.
Die EU-Gesamt-Export Relevanz für die CH wird damit im 2021 um 1/5 auf 40 % schrumpfen!

und bei einem anzunehmenden Austritt Italiens = noch weniger EU-Export-Anteil!

2.2 Begrenzungsinitiative

EDA Aufstellung (Vortrag BR I. Cassis, 8.2020):



Wir halten aber fest: Im 2021 anstelle von 52 % nur noch 40 % EXPORTE in die EU!

Die Schweiz exportiert einiges weniger, als sie von der EU importiert!

Wer PROFITIERT hier mehr vom Handel: Ganz klar die EU!!!

EU sind unbelehrbare Märchenerzähler und wir Schweizer fallen darauf hinein!

WER IST HIER DER ROSINENPICKER? > Nicht diskutierbar: Die EU!!!

Die Zulieferungen an die EU-Auto-Industrie sinken,

aber Zuwanderung und die Sozialkosten und der Dichtestress wird steigen!!

Die D-Autoindustrie ist in der Bedrouille und fällt vorerst als Wachstumsindustrie aus. Die Branche ist geprägt von Werksschliessungen und Entlassungen.

Wer muss hier nun wem was bezahlen und sich unterwerfen?

Warum beruft sich niemand von der Diplomatie auf diese FAKTEN?

Was haben wir nur für beschämend schwache CH-Vertragsverhandler!!

Was vergessen und unterschlagen wird:

Mit ein bisschen Mehraufwand beim Zertifizierungsprozess, bzw. Kosten, werden wir unter den WTO-Regeln in jedem Fall gem den Verträgen von 1972 exportieren können.

Der Freihandelsvertrag von 1972 deckt rund 80 % unserer Exporte ab.

Das wichtigste Abkommen für die Exportindustrie wird NICHT ANGETASTET, DAS FREIHANDELSABKOMMEN VON 1972.

Was fabulieren hier der Bundesrat und die Verbände?

Die Bilateralen I sind wirtschaftlich wenig wert. So zitiert der Bundesrat oft die Studie von Ecoplan von 2015: Ohne Personenfreizügigkeit und die Bilateralen I wäre die Wirtschaftsleistung bis 2035 um 4,9 Prozent tiefer als mit ihnen.

2.2 Begrenzungsinitiative

Tatsächlich aber zeigt die Studie auch, dass der Effekt pro Kopf minim ist: Pro Arbeitskraft würde das Einkommen bis 2035 um total 0,7 Prozent weniger wachsen – statt um knapp 10 nur um gut 9 Prozent. Und das, obwohl die Studie die Folgekosten der Immigration (Infrastruktur, Schulen) ignoriert!

Die Personenfreizügig kostet die Schweiz somit bedeutend mehr, als wir als Vorteile aus dem diskutierten EU-Handelsvertrag mit der nicht gewünschten PFZ gewinnen, bei der die EU-Bürger (inkl. Familiennachzug), den Schweizer ohne grosse Vorlaufzeit, gleichgestellt werden sollen! Mit Anspruch auf Arbeitslosengeld, wobei sich rund 3/5 in der Sozialhilfe befinden!

Fallen wir nicht in dieses Hamsterrad mit Mehrumsatz: Erst wenn Lebensstandard, Lohnniveau, Sozialversicherungen und Lebensqualität der Schweiz auf dem Niveau unserer EU-Nachbarn sind, wird die freie Migration stoppen. Deshalb muss die Schweiz vorher die Migration regulieren können und sollte auch schauen, dass vor weiterer Immigration zuerst qualifizierte arbeitslose/arbeitswillige Schweizer eine Job-Chance erhalten.

6. Nachdem die Untersuchung des **Londoner Thinktank Europe Economics** zutage gefördert hat, dass mit der Zuwanderung die Schweizer Löhne mit 3.7% tiefer liegen als ohne Zuwanderung, und das BIP ohne Zuwanderung (PFZ) 4.4% höher läge, und **der Effekt der Bilateralen I in fast allen Sektoren unter 1% liegt,** muss man zum Schluss kommen, dass die Personenfreizügigkeit mit der EU (PFZ)

getrost gekündigt werden kann, ohne weiteren Schaden anzurichten.

Der „Erfolg“ der bilateralen Verträge lässt sich an der Entwicklung des Pro-Kopf Einkommens messen, **dieser Erfolg ist, wie eben erwähnt, marginal.** Oder behauptet jemand ernsthaft, der Erfolg der Schweiz sei nur durch das Ausland zustande gekommen?

Das Pro-Kopf-Einkommen ist nämlich von 2008 bis 2018, innert 11 Jahren um 6.9 Prozent gewachsen, was **pro Jahr einer Steigerung von knapp 0.6 Prozent entspricht!**

Diese Steigerung hat die Schweiz selbstständig zustande gebracht, somit war der Beitrag, wie eben erwähnt, der EU nicht wahrnehmbar!

Wir waren definitiv keine „Rosinen-Picker“ wie von der EU unermüdlich kolportiert.

Warum die EU-Verhandler diese Fakten nicht in ihre Diskussionen eingebracht haben, ist schleierhaft. Diese Diplomaten sind schleunigst auszuwechseln, genauso wie der Bundesrat, der uns bei dieser Abstimmung (wie auch bei anderen Themen – wie hier aufgezeigt wurde) hochkant anlügt (KKS).

Diese Abstimmung ist vorentscheidend für das Rahmenabkommen und in nicht weiter Ferne wird ein EU-Beitritt wohl wieder spruchreif gesetzt.

2.2 Begrenzungsinitiative

Die Schweizer Politelite will ja wohl, wie seit langem, auf dieser maroden „EU“-Bühne mitwirken (mit Mitgliedschaftsrechten).

Eine weitere, grosse Vernebelung der meisten Politiker ist, dass im Moment noch, eine spätere EU-Mitgliedschaft kategorisch ausgeschlossen wird.

Auch die NZZ muss sich zur Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit bekennen.

Zu behaupten, ein EU-Beitritt käme nicht in Frage, ist ein falsches Poker-Signal.

Die EU will doch mehr von der Schweiz, sie will ihren Vollbeitritt!

Aus meiner „unmassgeblichen“ Sicht, ist die **ganze EU eine kriminelle Organisation** ohne Moral und Anstand, **die das eigene Volk hinters Licht** führt (Nichteinhaltung von Verträgen, **Vernachlässigung der Wehrbereitschaft**, Vernachlässigung der Infrastruktur zugunsten von Ausländern, **heimliche Afrika- und UN-Pakt**: weder umsetz- noch bezahlbar: **ganz Afrika hat Rechte, aber überhaupt KEINE Pflichten (lesen Sie den Pakt!), mit mehr Rechten als die eigene Bevölkerung, die dieses Abenteuer dann auch noch bezahlen muss – einfach widerlich!**

Meinen unsere Diplomaten im Ernst, die Schweizer bekämen mehr politische Rechte zugesprochen als die D-Inländer.

Ich verstehe die Engländer. Es gilt eine langfristige Perspektive einzunehmen.

Ich nehme im Übrigen nicht an, dass der € langfristig Bestand haben wird.

Die Bilateralen 1 sind nicht mehr heilig, da sie **einfach neu zu verhandeln sind**, ohne die PFZ. **Wenn es keinen Erfolg gibt: Nicht schlimm. Genau wie mit der Börsenzulassung!**

7. **Die bilateralen Verträge sind ebenfalls im Interesse der EU!**

Immerhin ist die Schweiz ihr drittwichtigster Handelspartner

Die EU profitiert in vielen Belangen von der Schweiz und kann auf diese nicht verzichten.

Qualitätsprodukte, Liefersicherheit und natürlich die Grenzgänger. Wer hat sich besser entwickelt, ist erfolgreicher, die Schweiz oder die EU?

Die Schweiz importiert mehr Ware aus der EU als die EU von der Schweiz.

Will, würde die EU darauf verzichten. Ich glaube nicht!

8. **Allerdings, hier ein Beispiel aus der realen Welt, wie es bei EU-Wirtschaftsbeziehungen läuft (von wegen Partnerschaft):**

Medtech: Schweiz droht Drittstaaten-Status

Brüssel zweifelt daran, dass die einjährige Übergangsfrist für die neue EU-Medtech-Regeln auch für die Schweiz gilt. **Der deutsche Medtech-Dachverband BVMed fordert daher von Berlin, sich für die Aktualisierung des entsprechenden Abkommens Schweiz-EU einzusetzen.**

Das Abkommen (MRA) müsse «zeitnah» aktualisiert werden, schrieb BVMed-Geschäftsführer Marc-Pierre Möll laut einer im Internet publizierten Medienmitteilung. **«Wir bitten Sie um Ihre politische Unterstützung** im Rahmen der deutschen EU-

2.2 Begrenzungsinitiative

Ratspräsidentschaft (...)«, schrieb Möll an Wirtschaftsminister Peter Altmaier und Gesundheitsminister Jens Spahn. Das Schreiben ging auch an die EU-Kommission. Wegen der Corona-Pandemie wurde das Inkrafttreten neuer Regeln für die Zulassung von Medizinprodukten am 26. Mai um ein Jahr verschoben. Davon profitieren auch Schweizer Medtech-Unternehmen. Denn das Abkommen Schweiz-EU (MRA), **das die gegenseitige Anerkennung von Medizinprodukten regelt, war bis Ende April noch nicht entsprechend aktualisiert worden.**

Gemäss BVMed äusserte die EU-Kommission nun aber «Zweifel an der Anwendung der Übergangsfrist» für die Schweiz. Möll appelliert an die Verantwortlichen, die Übergangsfrist auch auf die Schweiz «bis zur vollständigen Aktualisierung des MRA» anzuwenden. Man begrüsse den Appell des BVMed, sich im Interesse der europaweiten Patientenversorgung für eine pragmatische Lösung einzusetzen, schrieb der Verband der Schweizer Medizintechnik Swiss Medtech auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. «Dasselbe erwarten wir von der Schweizer Regierung.» Denn die Patientenversorgung ist laut Swiss Medtech ein l.nderübergreifendes, übergeordnetes Interesse.

Drohungen zu Unzeit sind immer speziell effizient! Der Schweiz steht die Begrenzungs-Initiative bevor und die EU hält sich überhaupt nicht an die Nichteinmischung in schweizerische Angelegenheiten.

Diese wurde zwischen EU-Präsidentin Ursula von der Leyen und Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga anlässlich des WEF in Davos vereinbart. **Doch nun geschieht das Gegenteil, es werden perfid immer wieder Nadelstiche platziert, welche den hintersten und letzten Schweizer davon abhalten sollten, ein Ja zur Begrenzungs-Initiative einzulegen.** Man muss nicht ein Medtech-Spezialist sein, um zu realisieren, **dass mit dieser Drohung die EU nichts gewonnen hat, denn die EU ist auf die Schweizer Medtech dringend angewiesen,** diese Dichte an Expertise gibt es nur in der Schweiz und in keinem anderen Land. **Will die EU wirklich auf dieses Know How verzichten?**

Das kann doch kein vernünftiger Mensch glauben, das Gleiche gilt natürlich für Forschung und Entwicklung. **Die Schweiz ist bedeutend besser und auch anerkannter aufgestellt als alle EU-Universitäten. Die Schweiz konkurriert nicht mit der EU sondern vielmehr mit den USA, Grossbritannien und China.**

9. Zum Begriff «Guillotine»:

Dass man nur schon in einem Handels-Vertrag das Wort Guillotine akzeptiert, ein Mörderinstrument, wo man früher unliebsame Bürger und Bürgerinnen den Kopf abgehauen hat, das ist schon eine absolute Zumutung der allerschlimmsten Klasse.

Das Wort Guillotine in einem Staatsvertrag ist eine grosse Sauerei und ist ein absoluter Erpressungsinstrument, der die Spirale weitertreiben wird, um unser Land an die Wand zu fahren.

Warum wird das vom BR und dem Parlament (inkl. Medien) akzeptiert?

2.2 Begrenzungsinitiative

10. Lesen wir einmal den Rahmenvertrag **und studieren die Guillotineklausel.**

Was macht die EU laufend, Sie droht. Was hat Deutschland gemacht während der Corona, **Sie hat medizinische Produkte für die Schweiz zurückgehalten.**

Was fordert die EU, die Schweiz soll mehr und sofort weitere Kohäsionsmilliarden zahlen.

Was verlangt die EU: dass wir fremde Richter akzeptieren sollen.

Im Rahmenvertrag steht, **dass wir die Unionsbürgerschaft akzeptieren sollen, also Schluss mit Demokratie und Selbstbestimmung.**

Das nennen sie, sei ein EU- Erfolgsmodell??

Braucht es nicht. Es ist ganz einfach.

Wie haben genug Ausländer hier, die bereits über 50% der Arbeitslosen ausmachen.

11. **Mit dem Beispiel Liechtenstein hat die EU ein riesiges Eigentor geschossen.**

Liechtenstein ist zwar im EWR, hat aber sehr viele Ausnahmeklauseln.

Mit diesen Ausnahmeklauseln könnten wir auch problemlos dem EWR beitreten. **Auch, was die Personenfreizügigkeit mit der EU angeht, hat Liechtenstein genau das, was wir eigentlich auch möchten: Liechtenstein hat offiziell Kontingente für die Wohnsitzname und steuert die Zuwanderung aus der EU nach Liechtenstein selber. Es kann also nicht einfach jeder nach Liechtenstein ziehen und sich dort niederlassen.**

Liechtenstein wurde nicht überrannt, weil es trotz EWR die Zuwanderung selber steuert. Sie haben nicht mal die Chance, sogar wenn sie dort arbeiten, dort zu wohnen. Umgekehrt funktioniert das allerdings. Liechtenstein sähe, dank tieferen Steuern, steuerfreie Mieteinnahmen und ohne Beschränkung aus wie Monaco.

Vielleicht wäre ja der **Liechtensteiner Weg, ohne Bilaterale, ohne Guillotine-Klausel, ohne Rahmenvertrag und ohne «devotes rumgerutsche», vor der EU und dafür im EWR, der richtige Weg.**

Ein Befreiungsschlag sozusagen.

Fazit: Jedenfalls ist weder vom Bundesrat noch von den Diplomaten zu erfahren, warum das **EWR Mitglied Liechtenstein** gegenüber der EU

KEINE PERSONENFREIZÜGIGKEIT einräumen muss.

Warum aber wir Schweizer, ALS NICHTMITGLIED, der ganzen EU, der UN-Migration und GANZ AFRIKA die Toren in unsere hervorragend ausgebaute Sozialsysteme öffnen müssen, ist für mich UNTER KEINEM TITEL NACHVOLLZIEHBAR!

12. **KEIN einziges Land dieser Welt hat eine Personenfreizügigkeit mit seinen Nachbarn, keins! Zumindest diejenigen ausserhalb der EU nicht.**

Über 100 Länder können Handel mit der EU, auch ohne einen EU-Knebel-Vertrag betreiben.

2.2 Begrenzungsinitiative

13. **Die Normalbürger sind die Verlierer. Gewinner sind diejenigen, die kurzfristig von der Aufblähung der Wirtschaft, den Staatsbudgets und den Problemen profitieren: Regierungen, regulierungsfreudige Politiker, Spitzenverbände, Grossgrundbesitzer und manche Manager.**

14. Noch etwas Wichtiges, **heute können wir noch Handelsverträge mit anderen Staaten selbständig abschliessen, bei einer weiteren Anbindung an die EU ist dies nicht mehr gestattet,**

15. Insgesamt hat die Bevölkerung in der Schweiz seit 2002 um 14 Prozent zugenommen, **deutlich mehr als in vergleichbaren Ländern in der EU.**

Der Grund dafür ist gemäss den Autoren, dass die Löhne in der Schweiz deutlich höher sind als in den meisten EU-Ländern.

16. **Und was praktisch bei dieser Initiative vergessen geht:**

Warum kam es zum Brexit? Genau: Wegen der Personenfreizügigkeit.

Also kommt der Bundesrat, die CH-Parteien MIT DEN MEDIEN zum Schluss:

England geht raus (mit ihren negativen Erfahrungen) und die Schweiz geht mit der PFZ mit beiden Beinen rein (in den EU-Moloch).

GB ist abgesprungen, die EU braucht frisches Geld, die Schweiz ist nun im Visier von Brüssel.

Richtig, in einem Vertrag hat es normalerweise Rechte und Pflichten!

Die Bilateralen haben Pflichten für die CH und Rechte für die EU!

Es ist unglaublich, wie einfache und ängstliche sich die Bürger von der **NEIN-Propaganda einlullen lassen**. Bei einem JA wird der Vertrag neu aufgesetzt werden müssen und **die EU-Bürokraten werden doch keinerlei Interesse daran haben, schon wieder ein Land zu verlieren und vor den Kopf zu stossen.**

17. **Die EU hat keine neue, konkurrenzfähige Werte geschaffen.**

Es hat nur Umverteilung stattgefunden, ein Zustand, den die Briten nicht weitertragen wollten.

Darüber freuen sich gemeinsam Frankreich und Deutschland, da der Weg für staatliche EU-Subventionsorgien durch die D-Steuerzahler nun frei ist.

18. Wenn man gegen eine zu grosse Zuwanderung ist und nicht will, dass man sämtliche Fachkräfte im Ausland holen muss, **dann muss man eben ins Ausland gehen:** nämlich dort-hin, wo die Fachkräfte zu Hause sind und wo ihre Familien leben.
Alles andere ist Schmarotzertum.

2.2 Begrenzungsinitiative

19. Sozialstaat mit Personenfreizügigkeit ist nicht vereinbar

Grundsätzlich gilt, was der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman diagnostizierte: Ein gut ausgebauter Sozialstaat ist mit der Personenfreizügigkeit unvereinbar. Die Personenfreizügigkeit führt zu einem Sogeffekt in den Sozialstaat bei einer hohen Mindestsicherung.

Der Zugang zum Sozialstaat muss daher reguliert werden können – beispielsweise über ein Heimatortsprinzip, sonst laufen entweder die Kosten aus dem Ruder oder die Mindestsicherung erodiert. Das Heimatortsprinzip würde bedeuten, dass das Heimatland dem hilfsbedürftig gewordenen Migranten die Sozialhilfe nach seinen Gesetzen entrichtet.

WIR WOLLEN KEINE AUSHEBELUNG DER DEMOKRATIE (wie BR, SR, NR u Medien!)

Wir wollen keine Nivellierung auf das EU-Niveau, inkl. schlechte Löhne mit ganzen Verschuldungen auf die nächsten Generationen!

Wenige Bestandteile dieser Verträge sind zu Gunsten der Schweiz.

20. Überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit der Ausländer kostete seit 2006 rund CHF 21 Mrd. Seit 1.1.2011 müssen die Beschäftigten 1% Solidaritätsabgabe auf Salären zwischen CHF 126'000 und 315'000 für die Arbeitslosenversicherung bezahlen. Dieser Sanierungsbeitrag ist ausschliesslich auf die hohe Ausländer-Arbeitslosigkeit in der Schweiz zurückzuführen.

Die durchschnittliche Arbeitslosenrate der Schweizer lag seit Beginn der PFZ 2006 nie über 2.6% (im Durchschnitt bei 2.2%), jene der Ausländer immer deutlich darüber, bei durchschnittlich 5.5%. Die Ausländer-Arbeitslosigkeit ist seit Jahrzehnten mehr als doppelt so hoch wie jene der Schweizer.

Anders ausgedrückt, seit Einführung der PFZ war jeder 18. Ausländer arbeitslos, während in der gleichen Zeit nur jeder 45. Schweizer ohne Job war.

Wäre die Arbeitslosenrate der Ausländer seit 2006 auf dem gleichen Niveau wie jene der Schweizer gelegen, hätte die Arbeitslosenversicherung über CHF 21 Mrd. weniger Sozialleistungen bezahlen müssen. Dieser Minderbetrag hätte eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung überflüssig gemacht.

Stattdessen nahmen die Einnahmen der Arbeitslosenversicherung seit 2006 von CHF 4.6 Mrd. auf CHF 8.1 Mrd. (+74%) zu.

Selbst für die in der Schweiz ansässigen EU-Bürger liegt die Sozialhilfequote 50% höher als jene der Schweizer.

2.2 Begrenzungsinitiative

21. Massiver Zustrom an Schweizer Universitäten.

Auch wenn die genauen Statistiken dazu fehlen, so lässt sich doch überschlagsmässig berechnen, dass auch der Massenzustrom an unsere Hochschulen die Steuerzahler **jährlich rund CHF 1.2 Mrd.** kostet.

Seit 2002 hat die Zahl der ausländischen Studierenden an unseren Hoch- und Fachhochschulen **um fast 30'000 auf nun 66'000 bzw. 187% zugenommen**, in den «teuren» Fachbereichen beträgt ihr Anteil heute sogar 44%.

Etwas über 70% der Auslandstudenten stammen aus der EU.

Die Studiengebühren decken bekanntlich nur etwas mehr als 2% der Aufwendungen unserer Hochschulen. Auf den reinen Lehrbetrieb bezogen sind es rund 7%.

Somit bezahlen die Schweizer Steuerzahler 93% der Kosten für diesen hohen Bestand an ausländischen Studenten an unseren Hochschulen.

Auch diese Aufwendungen summieren sich über die letzten 18 Jahre auf wohl mindestens CHF 15 Mrd.

Eigentlich wären diese hohen Aufwendungen für EU-Studierende ein gewichtiges Verhandlungsargument mit der Brüsseler Bürokratie.

Der riesigen Kosten für EU-Studierende in der Schweiz, müsste eigentlich bei den Diskussionen über die Forschungs- und Bildungsabkommen mit der EU viel stärker ins Feld geführt werden. Sollte die EU weiterhin versuchen, die Schweiz mit einer Aufkündigung von Forschungs- und Bildungsabkommen zu erpressen, müsste die EU für ihre Studenten in der Schweiz zur Kasse gebeten werden.

Davon habe ich von den Diplomaten und in der NZZ nichts gehört oder gelesen!!!

22. Immer wieder wird behauptet, die Personenfreizügigkeit hätte der Schweiz Wohlstand und Jobs beschert. Ja, es wurden in der Schweiz seit Beginn der Personenfreizügigkeit, zwischen Mitte 2002 bis Mitte 2020 rund 615'000 neue Stellen geschaffen, aber hauptsächlich beim Staat. Die Beschäftigtenzahl der öffentlichen Hand (ohne öffentlichen Verkehr, Telekommunikation und Post) und staatsnaher Sektoren ist um **beängstigende 286'000 bzw. 43% angestiegen** und **machte fast die Hälfte der neu geschaffenen Stellen aus.** Auch die Aufblähung unserer staatlichen Verwaltungen und der Staatsbetriebe kosten uns Steuerzahler viel Geld.

Umso ärgerlicher ist es, wenn sich andererseits gerade jene Wirtschaftsführer, deren Unternehmen seit Jahren Arbeitsplätze abbauten oder ins Ausland verlegten, sich als Rädelsführer des freien Personenverkehrs aufspielen. Unglaublich!

Im Maschinenbau, der Elektrotechnik und in der Metallverarbeitung sind heute fast 20'000, im Gast- und Beherbergungsgewerbe rund 23'000 weniger Jobs vorhanden.

2.2 Begrenzungsinitiative

23. Es ist auch eine Illusion zu glauben, mit einer Masseneinwanderung könnten unsere Demographie-Problem gelöst werden, denn auch die Geburtenrate der Ausländerinnen in der Schweiz liegt weit unter der zur Stabilisierung der Bevölkerungszahl notwendigen 2.1 Kindern pro Frau. Die Probleme werden somit lediglich in die Zukunft verschoben.

Deshalb ist es falsch zu behaupten, die Personenfreizügigkeit hätte den Schweizern einen Wohlstandsschub gebracht.

Das Gegenteil ist der Fall.

Auch die Statistiken der OECD zeigen klar auf, dass das kaufkraftbereinigte Bruttosozialprodukt der Schweiz seit 2001 sogar hinter dem Zuwachs in der EU oder den USA hinterherhinkt.

Nochmals: Die Beschäftigtenzahl der öffentlichen Hand (ohne öffentlichen Verkehr, Telekommunikation und Post) und staatsnaher Sektoren ist um beängstigende 286'000 bzw. 43% angestiegen und machte fast die Hälfte der neu geschaffenen Stellen aus. (K. Sutter-Keller verschweigt böswillig die Einzelheiten)

Der Moloch Staat frisst sich weiter durch den Wohlstand der Schweiz!

Die Staatsquote steigt munter weiter, sie soll sich wohl dem EU-Durchschnitt annähern. Dies wird sie ja auch tun, wenn wir nicht endlich dieser unsäglichen Entwicklung Einhalt gebieten.

Damit wird unser Land nicht reicher, sondern geht den Weg in die sozialistische EU-Katastrophe: Schulden machen, aber nicht dafür bezahlen.

Unter diesen Voraussetzungen wird die Schweiz die Schuldenbremse nicht mehr lange aufrechterhalten können,

denn die Schuldenbremse ist auch nicht EU-konform!.....

Auch die Statistiken der OECD zeigen klar auf, dass das kaufkraftbereinigte Brutto-sozialprodukt der Schweiz seit 2001 sogar hinter dem Zuwachs in der EU oder den USA hinterherhinkt. Wo bleibt denn hier der positive der Effekt der Personenfreizügigkeit?

Dies ist der endgültige Beweis, dass die Personenfreizügigkeit den Wohlstand der Schweiz nicht mehrn kann!

24. Börsenäquivalenz

Der Schweizer Börsenzugang wurde von der EU willkürlich, einfach so, gekündigt.

Die EU, um Druck auf die Schweiz hinsichtlich des Rahmenabkommens zu machen, hat die hiesigen **Schweizer BÖRSENREGULIERUNG, neu willkürlich, NICHT ALS GLEICHWERTIG anerkannt** und hat die Börsenäquivalenz aufgekündigt.

Andere nicht EU-Länder mussten keinen derartigen Affront entgegennehmen.

Die EU outet sich auch bei diesem Punkt als total unzuverlässiger, überheblicher Partner! Das Resultat dieser Verweigerung ist Übrigens zu Gunsten CH ausgefallen.

2.2 Begrenzungsinitiative

25. Das **Bundesgesetz über den Anschluss der Ost- und der Westschweiz an das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz**; kurz **HGV-Anschluss-Gesetz** vom 18. März 2005 ist ein Massnahmenpaket zur Anbindung des Schweizer Schienennetzes an das mitteleuropäische Hochgeschwindigkeitsverkehrs-Netz. Im Fall von Deutschland sollen die Bemühungen vor allem zur Sicherstellung der nördlichen Zufahrten zur Neuen Eisenbahn-Alpentransversale NEAT dienen.

Weder D. I noch F kommen nun für ihren Anteil der Bahnfinanzierung auf.
Dieser Punkt müsste in den neuen Verhandlungen zwingend Eingang finden.
Dies wird gemäss meinen Informationen unterlassen!

26. **F und D möchte den Bahnanschluss zum Euro-Airport nicht mitfinanzieren**

Es sollen eine Eisenbahnstrecke parallel zur Linie Basel-Mulhouse und ein Bahnhof direkt am Flughafen-Terminal entstehen. Die Kosten dafür würden sich auf über 260 Millionen Franken belaufen. Sowohl F wie auch D wollten sich 2018 nicht an den Kosten beteiligen. **Warum werden diese Positionen nicht in die Verhandlungen eingebracht und gegen Kohäsionszahlungen aufgerechnet?**

Die Schweizer durften 1992 in einer Volksabstimmung über das Gotthard Projekt entscheiden, 64 Prozent stimmten mit Ja. In Deutschland käme niemand auf die Idee, dem Volk eine solche Entscheidung zuzumuten. Die Einwohner dürfen dagegen voll für die Kosten aller Extra-GAUs aufkommen = EU-Praxis

27. **Die EU profitiert eindeutig von den Transit-Abkommen Strassen und Bahn mit der CH.**

Man verkauft nicht die Zukunft, um es in der Gegenwart etwas angenehmer zu haben. **Dann brauchen wir auch keine Anstrengungen für das Klima machen, wenn die Zuwanderung schlussendlich jede Einsparung zunichte macht. Glaubt jemand, die EU werde bei einem Ja das Landverkehrsabkommen fallen lassen? Wo will sie denn ihre 40-Töner in den Süden karren? Sollten wir den deutschen Schauernmärchen glauben? Glauben Sie nicht, dass gerade die EU an einem Transitabkommen interessiert ist.**

28. **Die Ausländer könnten uns Schweizerinnen und Schweizer die Arbeitsplätze streitig machen und uns die Arbeitsplätze wegnehmen. Die Digitalisierung wird einen starken Arbeitsplatzabbau zur Folge haben mit schlechteren Arbeitsplatz-Aussichten für uns Schweizer.**

29. **Warum wird im Bereich der Migrationspolitik derart offensichtlich und leichtfertig auf unsere Demokratie verzichtet?**

Die Antwort ist klar. **Es gibt zu viele Profiteure** der massenweisen Zuwanderung. **Viele wirtschaftliche und politische Akteure können sich mit diesem System bereichern.** Zig Branchen profitieren direkt, wenn es einfach mehr Menschen in unserem Land hat.

Der freie Personenverkehr setzt einfach die falschen Anreize. Denn mit so vielen Personen mehr muss auch mehr gebaut werden, es wird mehr konsumiert und gereist. Für die Baubranche, den Detailhandel, die Autoindustrie, Banken, für den öffentlichen Verkehr und Immobilienfirmen ist die Masseneinwanderung also eine Art Segen.

2.2 Begrenzungsinitiative

Sie können damit kurzfristig höhere Umsätze und Gewinne erzielen. Somit ist ihr Verhalten auf der einen Seite verständlich und aus ökonomischer Sicht logisch.

Es ist aber auch kurzfristig und kurzichtig. Die Kosten dieses immensen Wachstums bezahlen dann wir alle, beispielsweise das einfache Gewerbe und die Bürgerinnen und Bürger über immer höhere Steuern und Abgaben.

Noch mehr Arbeitsplätze = noch mehr Einwanderer und Grenzgänger, Sie wollen also die 10 Millionenschweiz?

Die das planen wohnen anders, garantiert!

30. **Die Gewerkschaften verdienen viel Geld mit den flankierenden Massnahmen. Diesen Goldesel wollen sie unter keinen Umständen verlieren, Es handelt sich um eine enorm lukrative Lohn- Überwachungs-Einnahmequelle.**

31. **Genauso die grossen Firmen, angeschlossen bei der Economiesuisse! Wie die Schweiz in 10-,20-,30- Jahren aussieht kümmert die einen absoluten «feuchten Dreck!»**

32. **In Wirklichkeit sitzen an den Schaltstellen der Wirtschaft US-Amerikaner, Holländer, Deutsche, Russen, Franzosen, Inder und Topmanager aus aller Welt. Sie sind es, die über den Wohlstand der Schweiz und ihres Volkes entscheiden!**

33. **Nach sieben Jahren fallen dann bei den Arbeitslosen alle Sozialkosten bei den Gemeinden an, die heute schon Mühe haben, die Sozial-Kosten zu meistern.**

34. **Wenn die Wirtschaft schlecht läuft, auch wegen Corona, landen selbst die Ausländer, wenn sie nur kurz hier gearbeitet haben, in unseren Sozialsystemen.**

35. **Unser Sozialstaat ist besser ausgebaut als in den Herkunftsländern. Die Schweiz, Norwegen und Grossbritannien seien Beschäftigungspuffer für die EU geworden, in die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten überzählige Arbeitskräfte abgeschoben würden, schreiben Autoren.**

36. **Die Ausländerinnen und Ausländer kommen in der Regel mit ihren Familien, was weitere grosse Infrastrukturkosten nach sich zieht. Es werden hunderte bis tausend zusätzliche Schulen, Lehrer, Ärzte, Spitalbetten, Autos, Wohnungen, Bahnen und selbst Energie-Infrastrukturinvestitionen wie Solaranlagen, Windräder (mit enormem Platzbedarf (infrage kommen nur Anhöhen) inkl. Glättung des Flatterstroms und die notwendige Speicherung) und Überlandanlagen benötigt. Was hat eigentlich diese enorme Zuwanderung seit der PFZ der Mehrheit der Bevölkerung gebracht? Mehr Beton, mehr Stau, mehr Konkurrenz (von Inländervorrang keine Spur), mehr Arbeitslosigkeit, mehr Sozialkosten, und immer anonymer werdende Städte und Agglomerationen.**

Es ist wirklich **NICHT NÖTIG, das Thema Bevölkerungswachstum** zu thematisieren und zu überdenken und das nicht nur der SVP zu überlassen?

2.2 Begrenzungsinitiative

Wollen die Gegner der BGI wirklich, dass wir uns dem Diktat der EU unterwerfen?

«Die Schweiz den Schweizern» sollte doch unser Credo und klares Bekenntnis sein.

Aber leider haben das viele Mitbürger immer noch nicht zur Kenntnis genommen, dass wir in der Schweiz sowieso bald «als Minderheit leben werden» (mit dem Ausländer-Stimmrecht, das von den Linken und Grünen propagiert wird! – bringt ganz offensichtlich für diese Parteien enorme NEUE Wahl-Stimmen!).Bravo!

37. An Schweizer Primar- und Sekundarschulen sind nach OECD (Paris) Schweizer Kinder bereits in der Minderheit.

Solche mit Migrationshintergrund sind die Mehrheit.

In zahlreichen Zürcher Vorortgemeinden sprechen über 80 Prozent der Schüler zuhause kein Deutsch. Weder Züri- noch Hochdeutsch.

Unbestritten ist, dass wir mit diesen vielen Nationalitäten eine enorme Überlastung des Bildungssektors haben. Ich jedenfalls wäre in der heutigen Zeit mit all den Mentalitäten, Kulturen und Religionen, eingebettet in die jeweilige Familien-Sitten, **als Lehrer TOTAL überfordert. Die Erwartungen sind ja u.a.:** Schulexperte, Kulturexperte, Sprachexperte, Religionexperte, Psychologieexperte, Förderexperte usw.

Die Klassenliste der Kinder sieht heute jedenfalls meist so aus. Nach Simon, Marc und Severine, kann man die restlichen 17 Namen erst nach dem zweiten oder dritten Mal lesen und annähernd richtig aussprechen. Elternabende seit Jahren nur noch auf Hochdeutsch. Es gibt viele Familien mit Kindern, bei denen es in der Klasse genau so zugeht. Vielleicht ist es nicht überall so extrem, aber es gibt zu denken, bei solch hohem Mehrheits-Ausländeranteil.

Die Schweizer Kinder werden deshalb, je länger je mehr, sprachlich komplett ausgebremst. Die Folgen kann sich jeder Person selber ausrechnen. Wollen wir das weiter so handhaben? Was sind die Überlegungen dazu?

38. Überbrückungsrente

Über 150'000 Arbeitslose, mehrere hunderttausend Leute in Kurzarbeit und bevorstehende Kündigungswellen bedrohen unseren Schweizer Werkplatz.

Es ist skandalös, dass es dem Bundesrat in dieser Krise mit der Wiedereröffnung der Grenzen nicht schnell genug gehen konnte, so dass wieder tausende billige EU-Ausländer auf den Schweizer Arbeitsmarkt drängen.

Das schadet uns allen, besonders aber den älteren Schweizer Arbeitnehmenden – sie finden bereits ab 55 Jahren kaum mehr eine Stelle.

Bundesrat und Parlament geben zwar zu, dass die Personenfreizügigkeit schadet.

Doch, statt die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern, schaffen sie mit Steuergeldern in Windeseilen EIN NEUES, ZUSÄTZLICHES SOZIALGESETZ mit einer sogenannten «ENTLASSUNGSRENTE».

2.2 Begrenzungsinitiative

Im Klartext: Statt älteren Arbeitnehmenden eine Perspektive zu geben, werden sie in eine Rente entsorgt. Das ist nicht nur teuer, sondern auch würdelos.

Ich verstehe nicht warum soviel an diese Überbrückungsrente glauben.

Selbst Wirtschaftsvertreter z.B. auf Tele Zürich sagen, dass die Wirtschaft diese Rente ausnützen werden, um Angestellte loszuwerden.

Es wurde auch noch nie seit Begründung der Schweiz ein neues Sozialwerk einfach so mir nichts dir nichts in dieser absoluten Rekordzeit aus dem Hut gezaubert.

Nur nützt dies weder den arbeitslosen ü50 noch denen, die ihr Leben lang gespart haben. Älter Menschen in diesem Land benötigen nicht Rente, **sondern sie brauchen Arbeit, EINE EIGENE EXISTENZ!**

Es ist eine Zumutung, wenn man ältere Menschen einfach in die Arbeitslosigkeit entsorgt und dann behauptet, ohne rot zu werden, dies sei eine gute Lösung.

Und wieso haben wir Geld für so etwas, wenn doch die gleiche Regierung uns stetig erzählt, wir hätten für unsere herkömmlichen Sozialwerke wie z.B. die AHV kein Geld mehr? Es ist ja unglaublich, wie die ganze Regierung uns täglich anlügt. Und noch schlimmer, wie viele obrigkeitshörige Leute wir unterdessen in der Schweiz haben, die der Regierung und den Medien nach all den nachgewiesenen Lügen immer noch glauben.

Es ist derart offensichtlich, dass dieses Sozialwerk geschaffen wurde, nur um diese Initiative zu bekämpfen - diese Initiative-Bekämpfung ist äusserst teuer. Grotesk!

Auch dass Frau Bundespräsidentin Sommaruga die EU gebeten hat (gem. SRF DRS) keinen Druck, im Moment keine Forderungen mehr zu stellen - ist doch alles mehr als komisch. Es scheint ein politisch unsaubere Abstimmungsverfälschung im Gange zu sein

39. Die Erste Säule der AHV ist von Jahr zu Jahr weniger sicher.

Die Zweite Säule bringt durch die Politik der Nationalbank den Sparern kein Geld mehr ein. Die Dritte Säule privater Ersparnisse lebt mehr von Erbschaften und Lottogewinnen als von dem, was eine Familie noch erwirtschaften kann.

40. Das Hauptmerkmal eines Ponzi-Schemas (Pyramiden-System) ist, dass es ständig mehr Leute braucht, um es zu finanzieren. Das Überleben der AHV an Bevölkerungswachstum zu binden ist schwachsinnig.

Wir müssten die AHV-Leistungen und -Beiträge doch auf eine stagnierende oder sinkende Bevölkerung ausrichten.

41. Mit einer Bevölkerungsdichte von mehr als 200 Personen/km² (wobei mehr als die Hälfte die besiedelbar ist; Vergleich: USA 30/km², CA 3/km², AU 3/km²) führt ein zusätzliches **Bevölkerungswachstum zu einer abnehmenden Lebensqualität.**

2.2 Begrenzungsinitiative

Wir haben heute schon Probleme mit der Qualität des Trinkwassers im Mittelland, bei Trockenperioden reicht das Trinkwasser überall nicht mehr so gut, die Staus auf den Strassen und das Gedränge im ÖV nehmen jährlich zu, es werden immer mehr Grünflächen überbaut. Wenn das so weitergeht, wird die Schweiz ein Manhattan Europas.

42. Massenzuwanderung vernichtet Klimaziele

Der Stromverbrauch der Schweiz hat seit 2000 zugenommen und wird laut einer Studie der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) in den nächsten Jahren massiv zunehmen.

Einer der Hauptgründe dafür ist die masslose Zuwanderung.

Diese führt nicht nur zu einem höheren Stromverbrauch, sie macht auch sämtliche teuren Energieeffizienzmassnahmen zur CO₂-Reduktion zunichte. Doch statt endlich die Zuwanderung zum Vorteil unseres Landes und unserer Umwelt zu steuern, zieht Links-grün den Menschen in der Schweiz lieber

mit neuen Abgaben und Steuern das hart verdiente Geld aus der Tasche.

43. Jedes Jahr ziehen im Moment soviel Menschen in die Schweiz,

die mengenmässig einer Stadt St. Gallen entsprechen.

Ist sich der Leser bewusst, was das bedeutet?

Das heisst, jedes Jahr haben wir eine Stadt in dieser Grössenordnung zu bauen und mit Steuergeldern zu finanzieren, mit der ganzen Infrastruktur wie Schulhäuser, Krankenhäuser, Läden, Entsorgungsfazilitäten, Polizei, Sportplätze und und und.

Wenn man bedenkt, dass die Ausbildung z.B. eines Arztes ab Studium in etwa 6 Jahre dauert, dann müssen wir feststellen,

dass diese Export-Rechnung von der Wirtschaft nie aufgehen kann.

Selbst wenn man wollte, kriegt man dies nicht hin.

Das Tempo überholt uns selbst und das ist das fatale an der Sache.

Also jedes Jahr, auch nächstes Jahr, eine neue Stadt X (St. Gallen).

Weiss man bewusst, von was überhaupt gesprochen wird.

Jahr für Jahr.

Warum die Grünen diese Vorlage nicht unterstützen ist mir schleierhaft.

Mehr Ideologie anstelle von Sachüberlegungen (wie zu erwarten war!)

Ohne griffige Zuwanderungsbeschränkungen würde eine Limitierung der Bauzonen dazu führen, **dass nur noch Superreiche sich Land leisten können** und dass bestehendes Eigentum vom Mittelstand mit der Zeit immer mehr in die Hände der Superreichen erodieren wird.

Sollen wir Schweizer, allein wegen den Ausländer, nur noch in Hochhäuser leben dürfen (verdichtetes Bauen)? Bravo!

2.2 Begrenzungsinitiative

44. Das Karussell dreht sich immer schneller, bis zum Crash.

Diese Dynamik gilt es zu brechen!

Die alte Leier: und wer finanziert dann diesen 2-3 Kindern später die Rente, braucht es dafür dann 4-5 Kinder? Und danach 6-7 Kinder? Obwohl es immer weniger Leute benötigt, um die gleiche Arbeit zu erledigen? Manche haben schon ein sehr einfaches Weltbild und denken vor allem keinen Meter weiter, als das eigene Dasein.

Geldmangel/Probleme lassen sich lösen, eine kaputte Umwelt/ Natur hingegen kostet wesentlich mehr und ist nicht selten irreversibel geschädigt.

Wenn die Einwanderung in die Schweiz nicht effizient verlangsamt wird, so endet die Schweiz wie Kalifornien: alle wollen dort leben und arbeiten und übersteigen die Kapazität der natürlichen Ressourcen.

**Viele eingewanderte Europäer (neuerdings dann auch noch Afrikaner und all die Weltbürger, die in ihrer Heimat auf dem Existenzminimum leben (UN-Vertrag), braucht es nur, um die schon Eingewanderten zu versorgen.
Ein Schneeballsystem par excellence!**

45. 730 Jahre nach Wilhelm Tell fordert ein neuer Tell, der aus Sri Lanka stammende, in Basel lehrende Soziologe Aratnam, das Schweizer Volk, in der Sonntags Zeitung vom 9.8.20 auf, Integrationskurse zu besuchen, damit es im eigenen Land Schweiz

nicht zu einer Minderheit der Verlierer wird! (Vom Ausländer richtig analysiert!!!)

Die Ausländer würden in der Schweiz, sagt der Basler Forscher, bereits in den obersten Rängen der Wirtschaft wie der Hochschulen dominieren.

Sie seien auch dominant in der Schweizer Unterschicht. **Jetzt gehe es darum, diesen unaufhaltsamen Prozess zu verinnerlichen und zu trainieren.**

Nur mit einem solchen Kurs werde das Überleben des Schweizer Mittelstands gesichert.

Seither herrscht in den Schweizer Medien dröhnendes Schweigen.

32. «Kehrtwende: Für eine weltoffene, nachhaltige und eigenständige Schweiz»

Das ist der Titel des einseitigen Inserates, **(Bitte anklicken und lesen)**

das, Verena Tobler und Mitunterzeichner, in der NZZ veröffentlichen wollten.

(<https://www.infosperber.ch/data/attachements/Inserat.pdf>)

Der Inserate-Aufruf enthält **keine** ehrenrührigen oder strafrechtlich problematischen Stellen, Eine Nachfrage von «*Infosperber*» zum **Grund der Ablehnung** bei der **NZZ-Chefredaktion** wurde von der Pressestelle mit folgendem Wortlaut beantwortet:

«Gemäss Punkt 5 unserer Allgemeinen Geschäftsbedingungen behalten wir uns vor, Inserate ohne Angabe von Gründen abzulehnen. Dies ist im vorliegenden Fall geschehen».

2.2 Begrenzungsinitiative

46. Das Nein-Komitee stellt folgende Fragen: «Wollt ihr Wohlstand oder nicht?»

Diese Frage müsste eigentlich auf dem Abstimmungszettel zur Begrenzungsinitiative der SVP stehen,

über die abgestimmt wird. Zumindest scheint dies die Botschaft von Bundesrätin Karin Keller-Sutter (FDP) zu sein.

In einem aufsehenerregenden Interview mit dem Blick sagte die Magistratin vor ein paar Tagen: «Die Frage ist: Wollen Sie Wohlstand oder nicht?» Ein Ja zur Initiative «mindert den Wohlstand der Schweiz». **(Das Gegenteil ist doch bei einem Nein der Fall!!!)**

Und weiter: «Wir wären jahrelang in einem Vakuum, in dem wir nicht wissen, was gilt. Das ist Gift für die Unternehmen.»

Bei den Wirtschaftsverbänden tönt es ähnlich. Laut Economiesuisse stellt die Initiative ein **«Hochrisikoexperiment»** dar, das den Wohlstand der Schweiz ernsthaft gefährdet».

Und der Direktor des Gewerbeverbands, Hans-Ulrich Bigler (FDP), der die Nein-Kampagne von der Wirtschaftsseite aus anführt, findet:

«Der freie Personenverkehr ist überlebenswichtig für den Fachkräftemarkt und die KMU.» Die Initiative greife das «Fundament der Schweizer Wirtschaft» an.

Eigens ein Gutachten liessen die Ostschweizer Industrie- und Handelskammern kürzlich bei der Basler Firma **BAK Economics** anfertigen.

Das Resultat: «Die Bilateralen I», darunter die Personenfreizügigkeit, seien «zentral für die langfristige Sicherung des hohen Wohl- und Lebensstandards in der Schweiz. Eine verbaute Auslands-Schweiz?»

47. Die derzeitige Kampagne der Initiativgegner setzt die Angst ums Portemonnaie ins Zentrum ihrer Argumentation.

Damit reimt sie sich in befremdlicher Weise mit den Aussagen der EWR-Befürworter im Jahr 1992. Blenden wir zurück. Das bürgerliche Aktionskomitee «Ja zum EWR» argumentierte so: «Bald ist die Schweiz kein Sonderfall mehr, sondern vielleicht ein Sanierungsfall. Wenn wir so weiterwursteln, ist der EG-Beitritt bald weniger ein Thema als der Beitritt zur Lomé-Konvention für Entwicklungsländer.» Ins gleiche Horn stiess Staatssekretär Franz Blankart, EWR-Chefunterhändler der Schweiz.

48. Wie viele Milliarden CHF liefern wir heute schon an die EU ab?

Für die Entwicklung rückständiger Staaten. Die EU verliert durch den Rückzug von GB jährlich 5 Mia.

Da ist die reiche Schweiz willkommen, auszugleichen.

Die EU verschärft ihren Ton gegenüber der Schweiz und erwartet, dass **«dieser Ausdruck der Solidarität»** ausgebaut wird. Erwartet werden erneute Milliardenzahlungen.

Nochmals: Bravo!

2.2 Begrenzungsinitiative

49. Profitiert von diesem Wachstum haben aber nur die obersten Kader und Manager grosser Firmen. Bedauerlicherweise meist gierige Ausländer, deren Konto nicht gross genug sein kann (Dougan, Thiam, Schwan, Franz, Weber, Wolle usw.).

Leidtragende sind der Mittelstand.

Stagnierende Löhne bei massiv gestiegenen Mieten und Eigenheim-Preisen, KK-Prämien. Und wer glaubt, es werde mit der Integration in die EU besser, soll weiter träumen!

50. Und wie erwähnt: Die Arbeitslosigkeit der EU Zuwanderung ist doppelt so hoch wie die der Schweizer.

Und NZZ, Tagi, SRG, mit KKS, Gewerkschaften etc. wollen noch viel mehr holen und behaupten.

«Die Schweiz wird kollabieren». Dies ist doch eine pure böse Angstmacherei!

Was passiert den heute mit der EU. Toller Aufschwung? Nicht das Gegenteil?

51. Bestechung, Betrug, epochaler Rechtsbruch – diese Aufzählung bezieht sich nicht etwa auf eine Anklageschrift in einem Verfahren der «Organisierten Kriminalität», vielmehr handelt es sich dabei um Vorwürfe gegen den kürzlichen €-EU-Gipfel.

Die von den Medien als »historisch« bejubelte Schuldenunion stellt sich nach Durchsicht der Fakten vor allem als «historischer» Rechtsbruch dar.

Die journalistische Parallelwelt in Deutschland zeigt auch bei diesem Vorgang einmal mehr, dass sie Objektivität gegen absolute Regierungskonformität eingetauscht hat.

52. Es gibt KEIN Land auf der Welt, in dem Verbrecher, Sozialschmarotzer und Terroristen vor das eigene EU-D-Volk gestellt werden, nur mit dem Ziel, dem Land und dessen (Ur-) Einwohnern langfristig massiven Schaden zuzufügen!!

Der EuGH wird alle Staaten solange verklagen bis die bestellten 500 Millionen jungen Afrikaner angekommen sind, die massenhaft illegal seenotmässig angekarrt werden.

Der EuGH weiss auch bestimmt, dass Brüssel beschloss, das ganz Europa mit 500 Millionen junger Afrikaner zur Umvolkung geflutet werden soll,

53. Wir können nicht endlos so weitermachen, wenn wir die Schweiz in 10-20 Jahren noch erkennen wollen.

54. Zudem sind von zehn Kriminellen, welche das Land verlassen müssten, vier als Härtefälle bezeichnet, mit Kostenfolgen, weil ein Landesverweis für sie angeblich unzumutbar sei. Die Frage also: Wollen wir Verhältnisse wie in F und D.

Es wurde festgestellt, dass gerade in der West- und Nordwestschweiz während der Grenzkontrolle die Kriminalität massiv gesunken ist.

2.2 Begrenzungsinitiative

55. **Die EU und die Währungsunion stehen vor dem Aus** - jeder Bürger, der wenigstens die Primarschule absolviert hat, kann doch sehen, **dass die meisten EU-Staaten nur noch mit gewaltigen Schulden vor dem Zusammenbruch (u.a. GR, I) vorläufig gerettet werden können.**
Wo führen die Riesenschulden nur hin. Unabhängigkeit und Selbständigkeit sind Erfolgsfaktoren, die die CH auch in Zukunft überleben hilft- auch wenn man den Gurt ein wenig enger schnallen muss und **die Zeit und Politik der hohlen Hand vorbei sein wird!**

56. **Ob die EU sich überhaupt aus der direkten Besteuerung von Unionsbürgern und Unternehmen mit Sitz in der EU finanzieren darf, ist von Experten umstritten.**

„Mit seiner Neuausrichtung droht Europa im Wettbewerb mit den USA und China dauerhaft abgehängt zu werden“. Auf harte Bedingungen, wie sie in der Schuldenkrise für Griechenland galten, soll dieses Mal weitgehend verzichtet werden.
Düstere Aussichten der aktuellen Europapolitik.

57. **Die geplante gemeinsame Verschuldung der EU** ist ein **„bedenkliches Novum“**, das so in den EU-Verträgen nicht vorgesehen war. Die EU-Bürger sind sich offenbar nicht bewusst, **dass die EU-Schulden,**

vor allem durch die jüngeren Generationen/Steuer- zahlern in den kommenden Jahrzehnten

in den Mitgliedsstaaten zurückgezahlt werden müssen.

58. **Es herrsche der Glaube, dass Wettbewerbsfähigkeit vor allem durch Schutz vor Wettbewerb gesteigert werden könne.**

Das ist für die Festung Europa die klar falsche Strategie.

Fatal wird es, wenn die EU mit weniger wettbewerbsfähigen Staaten, die **fortdauernde Wachstumsschwächen und höhere Staatsschulden-quoten aufweisen,** auf die nächste Krise zusteuert.

Die EU hat nichts sinnvolles zustande gebracht. Keinerlei Einstimmigkeit ausser für einige unwichtige Regelungen, mit Belohnung, wie erwähnt, der reformunwilligen Mitgliedsstaaten.

59. **Wenn kein Geld da ist, dann muss eben welches nachgedruckt werden Italien, Frankreich, Spanien und andere bekommen Geld direkt - oder z.B. Österreich durch Nachlässe Geld indirekt «geschenkt».**

Das EU- Sozialsystem wird «unbezahlbar» aufgebläht, obwohl die Steuereinnahmen drastisch sinken.

2.2 Begrenzungsinitiative

60. **Der Finanz-Sozialismus in Europa wird erst enden, wenn Deutschland das Geld ausgeht. Wenn Deutschland das Niveau der Südländer erreicht hat sind dann alle zufrieden. Ist das das Ziel, woran so heftig in der EU gearbeitet wird.**

Dieser Tage erleben wir in der EU den (gem. Verträgen: eigentlich verbotenen) Einstieg in die Schulden- und Transferunion, aus der es voraussichtlich und schlimmerweise kein Zurück mehr geben wird

61. Die EU will gar nicht verhandeln Sie will, dass wir Ihre Forderungen akzeptieren, d.h., die EU würde über uns bestimmen, .

Mit was ist bei einem Nein bei dieser Abstimmung zu rechnen?

10 Mio.++ Einwohner, fehlende Arbeitsplätze, unbezahlbare Mieten, verstopfte Züge und Autobahnen und verschuldetet und kaum bezahlbare Sozialwerke.
Nur schon heute ist unsere AHV alles andere als gesichert, bzw. finanziert!

Die Zuwanderung bring kaum eine Verbesserung des Wohlstandes.

Bei einer weiter anwachsenden Bevölkerung werden die Klimaziele kaum erreicht werden können.

:

EU-Kohäsionsforderungen in Milliardenhöhe

Die EU hat die nächste Runde mit energischen Geld- und Rechts-Forderungen an die Schweiz eröffnet, wobei erwartet wird, dass wir unsere Souveränität gravierend einschränken (u.a. Vorrang EU-Recht und Zuwanderung).

Schlussfrage: Ist der Bundesrat, das Parlament, die Parteien (ausser SVP) sowie die Medien auf HARAKIRI-KURS???

Wollen sie die Schweiz abschaffen?

Suchen sie eine neue ausländische Kultur und Religion?

WENN die EU-Verhandlungsdelegation die neuen Randbedingungen NICHT ZUR KENNTNIS NEHMEN UND AKZEPTIEREN WOLLEN, bleibt uns Schweizer in der Tat nur der Weg, die Bilateralen-Verträge zu kündigen.

Warum eigentlich nicht?

Diese EU-Exponenten sollen und müssen sich doch bitte den eben erwähnten Fakten stellen, diese, so macht es wenigstens den Anschein, offenbar noch gar nie der EU-Delegation verhandlungsmässig eingebracht worden sind!

2.2 Begrenzungsinitiative

Nur schon der Afrika-Pakt ist haarsträubend und «degoutant»!

Leider ist in der Politik im Moment abzocken und Geld verteilen Trumpf, von Politikern, die noch nie gearbeitet haben, und Studienrichtungen besucht haben, die niemand braucht.

Umdenken und endlich wieder Handwerker fördern, den auch dort kann man einen Abschluss mit Matur machen. Schon bald werden all die Fehler und Missbräuche in der Sozialversicherung und AHV aufgedeckt werden, Arbeit wird sich wieder lohnen.

Wohlhabende Teile der Welt und Europas werden übervölkert und der Rest bleibt verlassen. Niemand ist zufrieden. Kapital ohne Grenzen hat bereits sehr viel zerstört.

Es ist verständlich, dass die Menschen in Ländern wo grosse Armut herrscht sich nach einem besseren Leben sehnen. Aber wieso muss ausgerechnet eines der kleinsten Länder der Welt, wovon ein Grossteil der Landesfläche auch noch unbewohnbar ist, dermassen viele Menschen aufnehmen?

Sollen das doch die Länder bewältigen, die in der Vergangenheit nicht genug Land sahen, welches sie für sich beanspruchten.

Oder wollen uns die umliegenden Länder wenigstens von ihren riesigen Flächen Land etwas abgeben? Wohl kaum!

Es ist mir ein Anliegen, dass die Schweiz unabhängig bleibt.

Im Moment können wir nicht mehr selber über wichtige Themen, die unser Land betreffen, frei entscheiden.

Unsere Politiker haben kein Rückgrat, es fehlt an Führungspersonen.

Die Geschichte wird danach mit dem Rahmenabkommen weiter gehen. Entweder akzeptieren (Unionsbürgerrichtlinie) oder ... **Darum müssen wir uns aus diesem Korsett befreien, damit wir wieder selber bestimmen können.**

Klar will die Wirtschaft dies Verträge, welche unbestritten auch Vorteile haben.

Aber zahlt diese auch an die Allgeminkosten wie Arbeitslosenkasse, Sozialausgaben , Schulen , Verkehr, Mieten ?

Natürlich nicht, diese darf der Steuerzahler übernehmen.

Nettozuwanderung jährlich eine ganze Stadt!.

Die Nachteile überwiegen!

Die EU hat alles Interesse mit der Schweiz so oder so weiterhin Handel zu betreiben.

Klar ist, die EU sucht zahlungskräftige Staaten, da ist die Schweiz herzlich eingeladen – die Rechnung folgt später....

2.2 Begrenzungsinitiative

Wir können das verhindern und Ja zu der Begrenzungsinitiative sagen.

Für das Verhalten während eines Konflikts gibt es verschiedene Strategien, die Machtstrategie, Nachgeben, Flucht, Gemeinsame Problemlösung und den Kompromiss. Wobei hier die Gemeinsame Problemlösung und der Kompromiss immer mehr zu kurz kommen.

Auf der Weltbühne kommt die EU wie ein Eunuche daher, ohne Armee, ohne klare gemeinsame Aussenpolitik (Der Wegfall von GB ist militärstrategisch ein grosser Verlust!).

Die EU ist ein Konstrukt für die entwurzelten Bosse und die PFZ das wichtigste Mittel, um deren eigenes Einkommen zu maximieren:

Menschenhandel, Immobilienspekulation, Umweltzerstörung und nach ihnen die Sintflut...

Wie gut das in der EU funktioniert, zeigen **die Billionen über Billionen, mit welchen die Zentralbanken den Zerfall zu bremsen versuchen.**

Nur leider ein aussichtsloses Unterfangen, in einem System, in dem die **Chef-Heuschrecken einfach weiterziehen können**, nachdem sie ihr Werk vollendet haben...

Die geplante gemeinsame Verschuldung der EU ist ein „**bedenkliches Novum**“, das so in den EU-Verträgen nicht vorgesehen war. Die EU-Bürger sind sich offenbar nicht bewusst, **dass die EU-Schulden, vor allem durch die jüngeren Generationen/Steuer-zahlern in den kommenden Jahrzehnten in den Mitgliedsstaaten zurückgezahlt werden müssen.**

Die Schweiz hat sich innenpolitisch arrangiert und das seinerzeitige Abstimmungsergebnis **nicht umgesetzt, der „Inländervorrang light“** war ein Hohn für die Umsetzung des Volkswillens **und ein Affront gegen die vielgerühmte direkte Demokratie der Schweiz!** Bundesrat und Parlament hatten genügend Zeit, nach Beginn der Verhandlungen, über die Begrenzung der Einwanderung und ersten Resultaten, das Notwendige zu unternehmen.

Der Stimmbürger ist sich überhaupt nicht bewusst, dass mit einem Nein zur Begrenzungs-Initiative, sich die Schweiz selbst abschafft, sie will nicht mehr für Eigenständigkeit kämpfen und sie wird dies auch mit einem Ja zum Rahmenabkommen tun!

Der Versuch der NZZ, den Souverän für dumm zu verkaufen, ist durchsichtig, aber er könnte aufgrund der hohen finanziellen Mittel, welche die Wirtschaftsverbände investieren, erfolgreich sein.

Bundesrat und Wirtschaftsverbände, sowie ein Grossteil der politischen Parteien **arbeiten mit unlauteren Mitteln**. Es wird sich nach einer Ablehnung der Begrenzungs-Initiative in wenigen Monaten bewahrheiten, was leider befürchtet werden muss: **die Schweiz befindet sich auf dem direkten Weg zu einer EU-Vollmitgliedschaft.** Wer dies leugnet, dem sollte die Schweizer Staatsbürgerschaft entzogen werden! **Dies gilt selbstredend auch für amtierende Bundesräte.**

2.2 Begrenzungsinitiative

Das Fazit:

Leider geht es hier - wie so oft bei politischen Entscheidungen - nicht um die abzustimmende Sache, sondern um Macht und Geld.

Unsere Parlamentarier haben z.B. im Rekordtempo völlig durchsichtig (betrügerisch) der Überbrückungsrente zugestimmt, in der Hoffnung, dass so die anstehende Initiative abgelehnt wird.

Das Problem der Alters-Arbeitslosigkeit ist damit nicht gelöst.

Grosskonzerne wollen billige Arbeitskräfte **und politisch aktive Kreise wollen - koste es was es wolle - eine Annäherung an die EU.** Zu den letzteren gehören alle links- und links-grünen

Parteien, **die von ihrem politischen Credo her die Initiative ja befürworten müssten.**

Bei der FDP geht es um noch mehr Geld und ihre Exponentin, Frau BR K. Keller Suter (bitte abwählen!) kennt nicht einmal die rechtliche Situation betr. der Zuwanderung in den CH-Arbeitsmarkt, sagte sie doch kürzlich in einem Interview wörtlich:

"Denn Ausländer müssen einen Arbeitsvertrag haben, um in die Schweiz kommen zu können." Was falsch ist: denn jeder EU-Bürger kann sich unangemeldet für drei Monate in der CH zur **Stellensuche aufhalten o h n e einen gültigen Arbeitsvertrag zu besitzen.**

Wenn KKS von Wohlstand spricht, denkt sie nur an die Wirtschaft.

Der Wohlstand hat auch mit Wohlfühl im eigenen Land zu tun, auch wenn man sich etwas weniger leisten kann. Das hängt auch damit zusammen, dass so viele Junge heute zum Psychiater rennen....

In 500 Jahren Freihandelsgeschichte konnte sich die Welt prächtig entwickeln, meistens ohne jegliche Migrationsrechte der Menschen. Souveräne Staaten entscheiden ganz alleine, wen sie bei sich haben wollen und wen nicht. Versuchen Sie mal, in Kanada einzuwandern.

Die Begrenzungsinitiative ist **keine Kündigungsinitiative, sondern eine „Verhandlungsinitiative“.**

Selbst mit einem Wegfall der Bilateralen, sie würden ohnehin nur teilweise wegfallen, wird der EU-Handel nicht wegfallen.

Die Schweiz ist ein guter Kunde der EU und die EU weist einen Handelsbilanzüberschuss auf, den sie nicht verlieren will und kann (nach dem Brexit).

Und das sollte die Schweiz auch wieder erreichen, mit einem Ja zur BGI am 27. September

Wenn Sie aber die «eigene Bevölkerung zu Arbeitssklaven für Migranten» degradieren wollen, dann stimmen Sie halt: Nein zur BGI

2.2 Begrenzungsinitiative

Und noch etwas:

Die Schweiz könnte bei der Einwanderung Limiten einführen und die Einwanderung z.B. auf die ursprünglichen, wie vom Bundesrat seinerzeit für die Abstimmung kommunizierten **8'000 Personen aus der EU pro Jahr begrenzen.**

Sie hat selber keine Notwendigkeit die Bilateralen Verträge zu kündigen.

Dies müsste dann die EU tun und das wäre dann ein Eingriff der EU in die Souveränität der Schweiz (wie eingangs erwähnt: Völkerrecht) und damit „kein Freundesakt“!

Wie mit einer Nichtumsetzung einer Volksinitiative im eigenen Land umgegangen werden kann, das haben ja Bundesrat und Parlament mit ihren Parteien seit dem „Inländervorrang light“ einschlägige demonstriert...und dem Schweizer Volk ungefragt aufs Auge gedrückt!

Aber mittlerweile ist ja jedem klar, **der Bundesrat ist unfähig kreativ zu denken** und bestimmt zu handeln. Ein serviler Verein! Und die Medien machen mit!

Keine dritte Macht mehr, eher Blindgänger-Verein aus dem zweiten Weltkrieg!

EST